

EIDGENÖSSISCHE KOMMISSION FÜR AUSLÄNDERPROBLEME (EKA)
COMMISSION FEDERALE POUR LES PROBLEMES DES ETRANGERS (CFE)
COMMISSIONE FEDERALE PER I PROBLEMI DEGLI STRANIERI (CFS)

Die schweizerische Schülerstatistik zählte im Schuljahr 1986/87 1'943 jugoslawische Kinder im Vorschulalter und 7'481 im obligatorischen Schulalter. Zur gleichen Zeit standen 898 in einer Berufsausbildung, wovon 192 eine Maturitäts- oder Diplommittelschule besuchten und 671 eine Berufslehre machten. Die Zahl der jugoslawischen Kinder in unseren Kindergärten und Schulen weist seit einigen Jahren eine steigende Tendenz auf.

Bei der schulischen Eingliederung der jugoslawischen Kinder ergeben sich im Vergleich zu anderen Ausländerkindern keine besonderen Probleme. Erfahrungsgemäss stossen Ausländerkinder beim Uebertritt in eine anspruchsvollere Schulstufe häufig auf Schwierigkeiten, wobei hiefür weniger die nationale als vielmehr die soziale Zugehörigkeit verantwortlich ist. Im Falle der Jugoslawen ist immerhin zu beachten, dass ungefähr drei Viertel der Schulabgänger eine Berufslehre absolvieren. Auch die Zahl der Jugoslawen an den Maturitätsschulen darf sich anteilmässig sehen lassen. Als gewichtige Schwierigkeit wäre allenfalls die Einschulung der bereits schulpflichtigen Kinder aus der Region KOSOVO zu erwähnen, die im Rahmen des Familiennachzugs in letzter Zeit in die Schweiz eingereist sind. Es handelt sich teils um Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren, die nicht der Jahrgangsklasse zugeteilt werden können, da sie grosse Bildungslücken (fehlende Schuljahre im Heimatland) aufweisen.

Ein regelmässiges Anliegen der jugoslawischen Behörden betrifft die Förderung der heimatlichen Sprache und Kultur, wobei ihres Erachtens damit nicht erst im Schulalter, sondern bereits im Vorschulalter begonnen werden sollte. Die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat in diesem Sinne Empfehlungen an die Kantone gerichtet. In mehreren Kantonen ist inzwischen ein Muttersprachenunterricht im Rahmen der Vorschulerziehung gegeben. Dem Wunsch Jugoslawiens, den Zusatzunterricht in heimatlicher Sprache und Kultur gewissermassen obligatorisch zu erklären, kann

- 2 -

die Schweiz, wie an zwischenstaatlichen Verhandlungen (letztmals am 25./26. März 1987 in Dubrovnik) immer wieder festgehalten worden ist, nicht entsprechen. Die Zahl der jugoslawischen Kinder im Schulalter, welche diesen Zusatzunterricht besucht, ist im Verhältnis zu derjenigen anderer Nationen bescheiden. Dafür dürften nicht zuletzt die politischen Umstände verantwortlich sein (verbreitete Angst der Eltern vor einer Indoktrination ihrer Kinder). In 21 Kantonen ist es möglich, den Zusatzunterricht ganz oder teilweise in den Stundenplan einzubeziehen; von den wichtigsten Herkunftsländern hat Jugoslawien am wenigsten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (wahrscheinlich aus logistischen wie politischen Gründen).

Im übrigen ist die Schweiz im Interesse einer möglichst harmonischen Persönlichkeitsentfaltung des Kindes bemüht, die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen Lehrerschaft und den jugoslawischen Lehrern des Zusatzunterrichtes zu fördern. An den Lehrer- und Kindergärtnerinnenseminarien werden in der einen oder anderen Form praktisch überall die Seminaristen und Seminaristinnen auf den Umgang mit ausländischen Kindern und deren Eltern vorbereitet. Im Anschluss an die zwischenstaatlichen Verhandlungen vom März dieses Jahres ist zwecks Förderung der pädagogischen Zusammenarbeit eine jugoslawisch-schweizerische Expertengruppe eingesetzt worden. Schliesslich wird am 15. Januar 1988 in Zürich eine Informationstagung für die Lehrerschaft des jugoslawischen Zusatzunterrichtes stattfinden. An dieser Veranstaltung sollen das "schweizerische" Schul- und Berufsbildungssystem sowie das grundsätzliche Verhalten der Schweizer Schule gegenüber dem Ausländerkind veranschaulicht werden. Die EDK als verantwortliche Organisatorin hofft, dass nicht nur die neuen, sondern möglichst alle jugoslawischen Lehrkräfte daran teilnehmen werden. Schweizerischerseits werden Vertreter der EDK und der kantonalen Schulbehörden sowie mehrere LehrerInnen aller Schulstufen anwesend sein.

Bern, 16.12.1987

EILT

an	DJ					a/a
Datum	17.12					D
Via	D					
EDA	17.12.87				11	
Ref. p. B.15.21. Young. (12):						

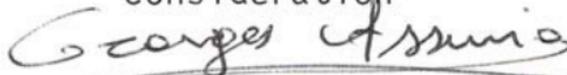
SECRETARIAT DE LA COMMISSION FÉDÉRALE
POUR LES PROBLÈMES DES ÉTRANGERS (CFE)

XXXXXXXXXXXXX
Bundesstr. 20, 3003 Berne, le 16 décembre 1987
Monbijoustr. 91

Cher Monsieur

Suite à votre demande, nous vous faisons parvenir un bref document à l'intention de M. le Secrétaire d'Etat Brunner, en vue de sa rencontre avec le Vice-ministre yougoslave des Affaires étrangères. Nous tenons à souligner, par la présente, son caractère éminemment confidentiel et interne, ces informations ne devant pas quitter le DFAE.

Avec l'assurance de notre meilleure
considération



PS Pourriez-vous me téléphoner dès réception, svp? Merci
(tél. 40.45)